

# «Ein Zurück zu früher ist Illusion»

Überparteiliches Nein-Komitee warnt vor der Annahme der Kesb-Initiative (Abstimmung 21. Mai)

**Mit 26 Personen aus der Gemeinde- und Kantonspolitik stellte sich gestern Montag das Schwyzer Komitee «Nein zur Kesb-Initiative» vor. Für das Komitee ist eine Annahme aus fachlicher und volkswirtschaftlicher Sicht falsch.**

Vi. «Wir wollen das Rad nicht zurückdrehen», verriet der Schwyzer Fürsorgepräsident und Kantonsrat Ivo Husi, der an der Pressekonferenz am Montag in Einsiedeln als Initiant und Sprecher des Nein-Komitees auftrat. Erst seit vier Jahren ist das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht in Kraft und die beiden Behördenorganisationen Inner- und Ausserschwyz (Kesb) am Arbeiten. Und das soll, mit einigen Optimierungen, nach dem Willen des Nein-Komitees «auch weiterhin so bleiben».

## «Unnötig und unsinnig»

Im Gegensatz zur vormaligen Vormundschaftsbehörde muss die Kesb interdisziplinär aus Fachpersonen mit psychologischen, sozialen, pädagogischen, medizinischen, treuhänderischen und rechtlichen Berufskennnissen zusammengesetzt sein. «Die Schwyzer KESB hat in den ersten vier Jahren gute Arbeit geleistet», sagte Ivo Husi an der Pressekonferenz. «Aber es gibt auch hier Optimierungspotenzial. Das ist aber normal bei einer so jungen Behörde.» So hat die Umfrage des Vereins



Sie referierten im Namen des Nein-Komitees (von links): Nationalrat Alois Gmür (Einsiedeln), Bezirksrätin Petra Gamma (Küssnacht), Gemeinderat und Kantonsrat Ivo Husi (Schwyz) sowie Gemeindepräsident Albert Auf der Maur (Ingenbohl).  
Foto: Victor Kälin

der Schwyzer Gemeinden und Bezirke ergeben, dass die Zusammenarbeit zwischen der Kesb und den Gemeinden gefördert werden müsse. Hier wurde bereits die Politik aktiv. Am 17. Februar 2017 reichten die Kantonsräte Ivo Husi (FDP Schwyz), Matthias Kessler (CVP Ingenbohl) und Paul Furrer (SP Schwyz) ein Postulat ein, welches die Zusammenarbeit zwischen der Kesb und den Gemeinden gesetzlich und somit für den Stimmbürger spürbar regeln soll.

«Die heutige Regelung ist beizubehalten», betont Komitee-Mitglied Albert Auf der Maur. Für den Ingenbohler Gemeindepräsidenten und langjährigen Präsidenten des Vereins der Schwyzer

Gemeinden und Bezirke ist die Initiative «unnötig, unsinnig und klar abzulehnen». Ein Zurück zum Zustand vor dem 1. Januar 2013 «gibt es nicht – das ist eine absolute Illusion». Weder könnten sich die Gemeinden einen Aufbau in Eigenregie leisten, noch fänden sie qualifiziertes Personal.

Auf der Maur ist mit seiner Einschätzung nicht alleine. Eine Umfrage bei den Schwyzer Gemeinden und Bezirke ergab, dass keine der Schwyzer Fürsorgebehörden die Initiative unterstützt. 95 Prozent stehen für das heutige System ein. Sie wollen keine Reorganisation der Kesb, sondern lediglich eine erhöhte und geregelte Zusammenarbeit mit dieser.

## 3900 Fälle – nur 72 Beschwerden

«Wir diskutieren nicht über Einzelschicksale oder Fälle, die von der Schwyzer Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde behandelt wurden», sagte Husi weiter. «Es entscheiden immer Menschen und oft verbergen sich hinter den Fällen tragische Schicksale.» Diese haben jedoch mit der Organisation an sich nichts zu tun. Die im Januar 2013 ins Leben gerufene Kesb ist mit zwei Ämtern im Kanton Schwyz für eine professionelle Umsetzung des Kinder- und Erwachsenenschutzes zuständig. «Unser Bundesrecht schreibt diese Professionalisierung vor», sagt Husi weiter. «Und genau diese Professionalisierung ermöglicht objektive und fiskalpolitisch unabhängige Beurteilungen und Entscheidungen.»

Dennoch spürt Komitee-Mitglied Alois Gmür (Einsiedeln) in Teilen der Bevölkerung «eine grosse Unzufriedenheit mit der Kesb». Das bezeugen auch die 5000 Unterschriften, welche das Schwyzer Initiativkomitee um Nationalrat Pirmin Schwander gesammelt hat (EA 18/16). Gmür hat sodann «grossen Respekt vor der Abstimmung».

Den Emotionen will das Komitee mit Fakten begegnen. Im Jahr 2015 haben die beiden Schwyzer Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden 3900 Verfahren erledigt. Im gleichen Zeitraum hatte das Verwaltungsgericht lediglich 72 Beschwerden gegen die Kesb-Beschlüsse zu behandeln; vier davon wurden gutgeheissen, neun wenigstens teilweise.

Diese aufschlussreiche Statistik hielt sich auch das Schwyzer Parlament vor Augen, als es am 14. Dezember 2016 die Initiative mit 63 zu 30 Stimmen zur Ablehnung empfahl. Die Kritiker aus den Reihen der CVP, FDP und SP betonten damals, dass die meisten Gemeinden auf Grund der Bundesvorgaben wohl kaum in der Lage sein würden, eine neue Vormundschaftsbehörde zu führen.

## Aufbauen statt umstrukturieren

Auch für das Schwyzer Nein-Komitee ist klar. Die Initiative, über die am 21. Mai abgestimmt wird, ist abzulehnen. Eine erneute Umstrukturierung des Kindes- und Erwachsenenschutzes nach nur vier Jahren «schürt Unsicherheiten für sämtliche Beteiligte und ist auch volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen».

Die Zeiten der Vormundschaftsbehörde seien seit über vier Jahren vorbei und aufgrund des geänderten Bundesrechts hinsichtlich Kindes- und Erwachsenenschutz nicht wieder herstellbar. «Wir unterstützen die Fürsorgebehörden und somit die Gemeinden, die sich für das heutige System aussprechen», sagt Ivo Husi. «Und die müssen es ja aus ihrer täglichen Erfahrung am besten wissen.»

Für Nationalrat Gmür steht ausser Frage, dass ein Ja zur Initiative lediglich «eine Problemverschiebung auf die Gemeindeebene ist». Es sei gescheitert, die jetzige Struktur «zu belassen und dort nachzubessern, wo es nötig ist».

[www.nein-kesb-initiative.ch](http://www.nein-kesb-initiative.ch)

## Befürworter und Gegner

Vi. Dem Komitee «Nein zur Kesb-Initiative» gehören Vertreter verschiedener Gemeinden sowie Politiker der CVP, FDP, SP und GLP an. Aus unserer Region sind dies (Stand 6. März) Nationalrat Alois Gmür (Einsiedeln), Gemeindepräsident Walter Marty (Oberiberg) sowie die beiden Kantonsräte Doris Kälin und Simon Stäubli (Einsiedeln).

Auch im Initiativkomitee um Nationalrat Pirmin Schwander (Lachen) sind Personen aus unserer Region vertreten: Nationalrat Marcel Dettling (Oberiberg) als Vizepräsident sowie Lukas Kauflin (Einsiedeln).